

Darf ich als Lehrer*in meine Meinung sagen?

1. Überwältigungsverbot und Gebot der Kontroversität

Das erste Prinzip des Beutelsbacher Konsenses betont das Überwältigungsverbot, welches Lehrkräften verbietet, Schülern ihre Meinung aufzuzwingen. Stattdessen sollen Schüler ermutigt werden, ihre eigenen Meinungen zu bilden, um mündige Bürger zu werden, die in der Lage sind, unabhängige Urteile zu fällen. Das zweite Prinzip, das Gebot der Kontroversität, hebt hervor, dass kontroverse Themen, die in Wissenschaft und Politik diskutiert werden, auch im Unterricht kontrovers behandelt und diskutiert werden müssen.

Es ist jedoch wichtig zu betonen, dass das Gebot der Kontroversität nicht als Neutralitätsgebot für Lehrer interpretiert werden sollte. Vielmehr liegt es in der herausfordernden Aufgabe der Lehrkraft, ihren eigenen Standpunkt auf eine nicht überwältigende Art und Weise in den Unterricht einzubringen.

2. Einbindung in den Germanistik Unterricht:

Die Einbindung des Beutelsbacher Konsenses in den Germanistik Unterricht, insbesondere durch die Unterrichtseinheit "Argumentieren und Diskutieren", ist von großer Bedeutung. Diese Unterrichtseinheit ermöglicht es den Schülern, wichtige Fähigkeiten im Bereich der Argumentation zu erlernen, was wiederum entscheidend ist, um fundierte Standpunkte zu vertreten. Das Erlernen der Kunst des Argumentierens ist nicht nur ein wesentlicher Bestandteil der Rhetorik, sondern auch der Kommunikation im Allgemeinen.

3. Kritische Auseinandersetzung mit Parteiprogrammen:

Die kritische Auseinandersetzung mit den verschiedenen Parteiprogrammen im Unterricht ist von entscheidender Bedeutung, um Schüler mit den Positionen aller Parteien vertraut zu machen und sie für politische Themen zu sensibilisieren. Diese Auseinandersetzung ermöglicht es den Schülern, ihre eigenen Urteile darüber zu bilden, welche Parteien den Prinzipien unserer Verfassung entsprechen und welche nicht.

Es ist daher auch wichtig, sich im Unterricht kritisch mit Parteien wie der AfD auseinanderzusetzen. Die politische Bildung ist heute wichtiger denn je und darf keinesfalls wertneutral sein. Es ist unerlässlich, Extremismus und Populismus klar zu benennen, um zu verhindern, dass die Schule zu einem unpolitischen Raum wird.

Indem Schüler die Möglichkeit erhalten, verschiedene politische Positionen zu analysieren und zu bewerten, werden sie befähigt, kritisch zu denken und informierte Entscheidungen zu treffen. Dies stärkt nicht nur ihre demokratische Teilhabe, sondern trägt auch dazu bei, dass sie sich aktiv an der Gestaltung ihrer Gesellschaft beteiligen können.

Barasi, Dennis (2016): Rassismusbezogene Deutungsmuster am Beispiel der Diskussion zur Flüchtlingspolitik im universitären Raum. Bremen, Universität Bremen.

Wehling, Hans-Georg (1977): Konsens à la Beutelsbach? Nachlese zu einem Expertengespräch. In: Siegfried Schiele und Herbert Schneider (Hg.): Das Konsensprobleme in der politisch Bildung. Stuttgart, S 173-184

Giesinger, Johannes (2021): Vermitteln und Mitteilen: Die Meinung der Lehrperson in der Diskussion kontroverser Themen. In: Drerup, Johannes/Zulaica y Mugica, Miguel/Yacek, Douglas (Hrsg.), Dürfen Lehrer ihre Meinung sagen? Demokratische Bildung und die Kontroverse über Kontroversitätsgebote. Stuttgart: Kohlhammer, 19–30.